

M i l l e n a r Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

ersch. täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. (bei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Inlandsverkehr monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberpostdirektion Wiesbaden Zweigstelle
Wildbad. — Redaktion: Pfaffenauer Gewerbebau Platz Wildbad. — Postfach 201 74 Günstig
Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 6 mm breite Zeile 10 Pf. Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche
3 Pf. im Textteil die 90 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme
täglich 8 Uhr abends. — In Konzeptsachen oder wenn gerichtliche Beurteilung notwendig wird, ist jede Nachlassgewährung weg.
Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Nummer 117

Februar 479

Freitag den 22. Mai 1936

Februar 479

71. Jahrgang

Warum sträubt sich Herriot?

Herriot soll das französische Außenministerium übernehmen, das ihm Leon Blum unter der Hand bereits angeboten hat. Er hat in der Vergangenheit außenpolitischen Ehrgeiz gezeigt und zur Zeit Lavals hat er sich selbst wiederholt als dessen Nachfolger am Quai d'Orsay bezeichnet. Außerdem pflegte er bisher mit einzigem Stolz darauf hinzuweisen, daß der Ruffenpakt, der ja die Achse der jüngsten französischen Außenpolitik bildet, im Grunde genommen sein Werk sei. Bei seinem ersten Moskauer Besuch hat er den Boden dafür vorbereitet. Sollte ihm jetzt, angesichts der Folgen, die das Bündnis mit Moskau für die französische Innenpolitik zu zeitigen beginnt, das Grausen vor dem eigenen Kinde gepackt haben? Herriot ist immerhin Bürgermeister von Lyon und als solcher eine durchaus „bourgeoise“ Existenz, der man obendrein nachsagt, daß sie viel Sinn für Kleinbürgerliches Behagen habe.

Selbst die Bitten seines Freundes Titulescu, des rumänischen Außenministers, haben nicht vermocht, ihn von seiner Weigerung, das Außenministerium zu übernehmen, abzubringen. Und Titulescu hat ein Opfer gebracht, um auf Herriot einzuwirken. Er sollte am Donnerstag voriger Woche in Genf mit seinen Kollegen vom Balkanbund auf eine Einladung des griechischen Außenministers hin frühstücken. Im letzten Augenblick — die Schlüssel waren schon angerichtet — telephonierte er ab und fuhr nach Lyon, wo er Herriot dringend bat, das ihm von Leon Blum angebotene Portefeuille des Außenministers um der Freundschaft mit der Kleinen Entente und der europäischen Ostpolitik willen anzunehmen. Der Schritt war, wie gesagt, vergeblich, aber in Frankreich, wo er jetzt bekannt geworden ist, erregt es doch einiges Aufsehen, daß der rumänische Außenminister sich in eine so ausschließlich französische Angelegenheit, wie es die Kabinettsbildung ist, einmischt. Die Wissenden freilich wundern sich nicht. Sie sagen, der Einfluß Titulescus hinter den Kulissen sei in Frankreich beinahe so groß wie in Rumänien.

Die Rückseite der Politik ist manchmal interessanter als die Vorderseite.

Ablehnung Herriots? — Will er Kammerpräsident werden?

Paris, 20. Mai. Das politische Tagesereignis war die in den späten Abendstunden geführte Unterredung zwischen dem zukünftigen Ministerpräsidenten Leon Blum und Herriot. Obgleich über diese Unterredung eine amtliche Verlautbarung nicht vorliegt, erklärt man in gut unterrichteten politischen Kreisen, daß der Sozialistenführer zunächst sein politisches Programm entwickelt und Herriot die voraussichtliche Zusammensetzung seines Kabinetts mitgeteilt habe, um schließlich dem ehemaligen Ministerpräsidenten das Außenministerium anzubieten. Herriot habe dieses Angebot abgelehnt. In der Begründung für diese Ablehnung soll Herriot darauf hingewiesen haben, daß er zwar mit den großen Richtlinien der von Blum beabsichtigten Außenpolitik einverstanden sei, dagegen zahlreiche Punkte des innenpolitischen Programms nicht billigen könne.

Der Bürgermeister von Le Havre und ehemalige radikalsozialistische Marineminister Leo Renet äußerte in den Wandelgängen der Kammer, er sei seit Freitag zu erklären ermächtigt, daß Herriot seine Kandidatur für die Kammerpräsidentenschaft aufstellen werde. In Kreisen der Volksfront glaubt man jedoch, daß Blum sich mit der Abgabe Herriots nicht zufrieden geben, sondern in den nächsten Tagen einen neuen Versuch unternehmen werde, um ihn von seinem Entschluß abzubringen. Der gewöhnlich gut unterrichtete Innenpolitiker des „Echo de Paris“ will wissen, daß besonders von Seiten der Kommunisten und gewisser einflussreicher Persönlichkeiten der Pariser Sowjetbotschaft ein Druck auf Herriot ausgeübt werde, um ihn zur Uebernahme des Quai d'Orsay zu überreden, was man russischerseits sehr begrüßen würde.

Über die näheren Umstände, die Herriot veranlaßt haben, eine aktive Beteiligung an einer Regierung Blum abzulehnen, gehen die Meinungen auseinander. In gewissen Kreisen glaubt man, daß vor allem die von der Volksfront beabsichtigte Aufhebung der vom Kabinett Daladier erlassenen Notgesetze maßgebend für die Haltung Herriots gewesen sei, da er selbst diese Notgesetze stets verteidigt habe. In anderen Zirkeln macht man das Programm des marxistischen Gewerkschaftsverbandes für die Einstellung Herriots verantwortlich.

graphen durch neue Tatsachen ablöste. Diese Paragraphen waren im Begriff, das Nebeneinanderleben freier Völker unmöglich zu machen. Es kann aber nicht der Sinn der Paragraphen sein, dem Völkerleben die Entwicklungsmöglichkeiten abzuschnitten, sie können und sollen dieses Leben vielmehr beschützen und sichern.

Gesetze, die sich in Uebereinstimmung befinden mit dem Lebensrecht der Völker, werden am ehesten geeignet sein, eine dauerhafte und vernünftige Rechtsordnung herzustellen. Dadurch, daß wir Deutschland wieder auf eine neue, feste Rechtsbasis stellen, glauben wir untererwärts einen wertvollen Beitrag zur Konstantierung des schwer leidenden Europas beizutragen zu haben. „Wir Nationalsozialisten“, so erklärte der Minister, „wollen nicht nur unser eigenes Land aufbauen, wir wollen dem gequälten Europa zu neuem Leben verhelfen. Es kann nur gesunden durch die Gesundheit aller seiner Glieder.“

Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es nach den endlosen Wirren und Krisen am Ende doch noch gelingen wird, der Welt den Weg zu wahren Frieden zu weisen. Wir haben auch einmal in unserem eigenen Lande unendlich viele und schwere Krisen und Spannungen überstanden. Nun ist es unser Bestreben, Europa durch unsere Mithilfe auf eine bessere Rechtsbasis zu stellen, die sich mit dem Leben der Völker in Uebereinstimmung befindet. Denn nur so können die Ueberreste des Krieges überwinden werden.

„Möge es uns“, so schloß Dr. Göbbels, „als den Vertretern einer wahren Gerechtigkeit und eines ewigen Rechts gelingen, auch der übrigen Welt den Weg dahin zu bahnen. Die Völker warten darauf. Sie haben ein Recht zu leben. Die Staatsmänner müssen diesem Recht gehorchen. Frieden und Wohlfahrt beruhen auf Gerechtigkeit. Dieser Gerechtigkeit wollen wir zum Siege verhelfen!“

Die deutschen Rechtswahrer nahmen die Worte des Ministers mit langanhaltendem, fürmlichem Beifall auf.

Anschließend nahm der Reichsrechtsführer,

Reichsminister Dr. Frank,

das Wort zu seiner großen Schlussansprache, wobei er unter anderem ausführte: Als die großen Ausstrahlungen dieses Deutschen Juristentages sehe ich für den deutschen Rechtswahrer die Steigerung seiner ständischen Geschlossenheit, die Förderung seiner ideellen Entschlossenheit und die Förderung seiner schöpferischen Wirkungskraft für das deutsche Volk, zugleich aber die Förderung der Erkenntnis, daß der Nationalsozialismus die Kraft, die früher einmal so unselig zwischen Justiz und Volk bestand, geschlossen und die große Wirkungskraft der Rechtsbehüter und der Rechtsträger mit dem Volksganzen zum Segen unserer Nation und unseres Reiches herbeigeführt hat.

Wir haben die Grundprobleme der nationalsozialistischen Rechtsgestaltung wissenschaftlich entwickelt, und ich erwarte deshalb mit Ihnen aus den Ergebnissen auch eine wesentliche Bereicherung des Materials für Gesetzgebung und Rechtslehre, für Rechtsanwendung und Rechtsprechung in Deutschland. Aus dieser Einheit erwächst unsere Aufgabe.

Die Einheit des Rechtslebens bedeutet die gesicherte Stabilisierung der Reichsmacht. Man denke nur daran, daß das große System des römischen Weltreiches vor allem auch zusammengehalten wurde durch die große Systematik des klassischen römischen Rechtes. So wollen wir für unser Deutsches Reich auch eine Reichsrechtspflege schaffen, die staatsrechtlich und geschichtsbekannt der Größe des Nationalsozialismus gerecht wird.

Nur auf dem Wege des Rechtes und der Rechtsicherheit ist der Schutz eines Staates möglich. Eine Tschaka könnte sich in Deutschland nicht halten und ausbauen. Der Freiheit, der Ehre, des Vermögens und des Lebens kann man in einem geordneten Gemeinwesen nur im Wege der Rechtsanwendung verlustig gehen.

Das Parteiprogramm der NSDAP. hat für die Erziehung des deutschen Rechtswahrers ebenso entscheidende Bedeutung wie das Buch des Führers „Mein Kampf“. Das Parteiprogramm ist aber für das Rechtsdenken und die Rechtswirklichkeit des Dritten Reiches gültig nicht als formelles Gesetz, sondern kraft des schöpferischen Willens des Führers.

Die Würde des deutschen Rechtswahrertums soll fortgeführt werden durch die Jugend unseres Rechtslandes. Die Not dieser Rechtsjugend zwingt uns zu harten Maßnahmen. Aber es ist besser, der berufenen Jugend den Weg zum Rechtsleben zu öffnen, als das früher in der Defizientenentwicklung unseres Reiches geschah, das Recht zum Tummelplatz von allen und jedem zu machen.

Die Auslese der Berufenen auf dem Gebiete des Rechtslebens ist nach nationalsozialistischen Grundgedanken eine Auslese im Kampf und gegenseitiger Anfeindung und damit die vollendetste Erfüllung des Leistungsprinzips. Ich möchte von dieser Stelle aus den Appell an alle in Frage kommenden Reichs-, Partei- und Volksstellen richten, der Not des Rechtswahrers nachzuwachen rechtzeitig ihr Augenmerk zuzuwenden. Wir zählen Hunderte und Aberhunderte von jungen, auch nach nationalsozialistischen Grundgedanken reiflos zugelassenen Rechtswahrern, die weniger als das für die Handwerker angelegte Existenzminimum monatlich zur Verfügung haben. Mancher junge Rechtswahrer wäre glücklich, wenn er monatlich

Schlussakt des deutschen Juristentag

Leipzig, 20. Mai. Nach viertägiger Dauer fand der Deutsche Juristentag 1936, der zweite im Dritten Reich und zugleich die 5. Reichstagung des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen, ihren feierlichen Abschluss mit einer Großkundgebung in der großen Maschinenhalle des Messegeländes, in der auch die Eröffnung stattgefunden hat.

Der Reichsrechtsführer eröffnete die Schlusskundgebung und begrüßte mit ganz besonderer Freude und Herzlichkeit den unermüdeten Vorkämpfer der nationalsozialistischen Revolution und einen der getreuesten Paladine des Führers, Dr. Göbbels. Nachdem der Reichsrechtsführer das Dantelegramm des Führers auf das Treuegelöbnis der Rechtswahrer verlesen hatte, nahm, mit tosendem Beifall begrüßt, Reichsminister Dr. Göbbels das Wort.

Dr. Göbbels über deutsches Lebensrecht

Der Minister verwies zunächst auf die grundsätzliche Umstellung, die die nationalsozialistische Revolution auch auf dem Gebiete der Rechtsfragen mit sich gebracht habe. Habe man früher oft genug den Eindruck gehabt, daß das Leben der Nation dem formalen Gesetz untergeordnet sei, so sei im nationalsozialistischen Staat das Gesetz nur Diener am Leben unseres Volkes. Gesetze dürften nicht dem Leben seinen Weg vorschreiben wollen, sondern hätten sich umgekehrt nach dem ewigen Leben auszurichten.

Am Anfang einer jeden Revolution stehe die Tat. Wenn sie einen festen Zustand geschaffen habe, sei es Aufgabe des Gesetzgebers, diesen Zustand gewissermaßen geschicklich zu unterbauen. Deshalb habe auch am Anfang des nationalsozialistischen Umbruchs nicht eine papierene Verfassung gestanden, sondern man habe danach getrachtet, erst das Volk in Verfassung zu bringen; aus dieser Verfassung des Volkes heraus würden einmal die Gesetze geschrieben werden, die die Grundlage für eine geschriebene Verfassung unseres Volkes abgeben könnten, stehend auf Rasse, Blut und Volkstum.

Wie auf diesem staatsrechtlichen Gebiet, so verhalten sich die Dinge auch auf dem Gebiete des täglichen Gesetzes. „Erst dann“, so erklärte der Minister unter dem Beifall der Versammlung, „wird die Justiz ein inneres Verhältnis zum Volk haben, wenn das Volk in ihr auch wieder den höchsten Ausdruck völkischer, sozialer und nationaler Gerechtigkeit sehen kann. Insofern allerdings muß das Gesetz dem Zeitgeist entsprechen und nur, wenn seine Diener diesen Geist der Zeit in sich tragen, find sie in der Lage, ihm auch in der Rechtsprechung Ausdruck zu geben.“

Eingehend beschäftigte sich Dr. Göbbels mit der Frage der individuellen Freiheit. „Während das liberale Gesetz“, so erklärte er in diesem Zusammenhang, „nur das Individuum beschützt, beschützt das nationalsozialistische Recht das Volk. Es ist nicht wahr“, so rief der Minister aus, „daß das nationalsozialistische Gesetz die Freiheit des Individuums eine

engt, denn stattdessen leitet sich ja jede persönliche Freiheit von der Freiheit der Nation ab. Die ausländische Behauptung muß zurückgewiesen werden, daß es in Deutschland keine Pressefreiheit mehr gebe. Wir haben nicht die Freiheit, sondern die gesunde Anarchie der Presse abgegeschafft! Gemäß muß der deutsche Schriftleiter sein Amt heute im Dienste des Volkes versehen. Wir halten es aber für eine höhere Ehre, nach dem Lebensinteresse einer Nation zu schreiben, als im Solde einer anonymen Weltklique zu stehen. Was in solchen liberalen Staaten als Pressefreiheit ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit schlimmste geistige Tyrannei, weil sie anonym ausgeübt wird.“

„Jedes Gesetz bedeutet schließlich eine Einengung der persönlichen Freiheit. Der vergangene Staat zog diese Grenzen möglichst weit. Das Ergebnis sah allerdings auch danach aus. Der Landeserrat war gewissermaßen eine Salonkrantheit. Es konnte im Ernst die These aufgestellt werden: Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig! Das aber ist nicht mehr Gesetzmäßigkeit, das ist Gesetzlosigkeit und Anarchie. Wie haben die individuellen Rechte und Freiheiten auch nur da eingegrenzt, wo sie sich in einen Widerspruch zu den Lebensnotwendigkeiten des Volkes gestellt hatten. Das muß jeder Gesetzgeber tun. An sich ist ja schon das einfachste Verkehrsregelungsgesetz eine Einengung der persönlichen Freiheit. Wir garantieren aber auch im Rahmen der für die Nation gültigen Freiheit dem Individuum wiederum ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit. Unseren Gesetzen hat sich auch das Höchste im Staate zu unterwerfen nach dem Grundsatz: Das Volk muß leben. Es geht nun nicht an, daß die Kritik der Revolution die Gesetze vorschreibt. Jede Revolution hat ihr eigenes Gesetz, und damit ist ihr Schöpfer auch ihr höchster Rechtsträger und Rechtsdeuter. Gewonnene Revolutionen unterliegen niemals dem Urteil der Gerichte, sondern immer nur den späteren Geschichtsschreibern, die sie einwerten nach dem Grundsatz: ob sie Erfolg gehabt haben oder nicht.“

Ähnlich verhalte es sich auch mit den Rechtsgrundlagen zwischen den Völkern. Kein Staat habe das Recht, sich zum Richter über die inneren Verhältnisse eines anderen aufzuwerfen. Gesetze, nach denen ein Volk im Innern sein Dasein organisiert, unterliegen nur seinem eigenen Urteil. Es kann deshalb den Nationalsozialismus nicht im geringsten bedrücken, wenn gewisse deutschfeindliche, meistens jüdische Juristen auf Grund von Paragraphen glauben, die „Gesetzlosigkeit“ der nationalsozialistischen Revolution „nachweisen“ zu können. Geschichte wird immer von nationalen Staatsmännern, nicht aber von internationalen Juristen gemacht.

Wenn sich die Welt mehr und mehr in ihrer eigenen Verfristung verfangt, dann ist es notwendig“, so rief der Minister unter fürmlichem Zustimmung aus, „wieder die einfache Vernunft sprechen zu lassen. Von dieser Grundkenntnis geht auch unsere Kritik an Versailles aus. Er ist auf geistlose Weise zustande gekommen und seine Rechtsmittel der ungleichen Berechtigung beruhen nicht auf der deutschen Unterdrückung, sondern auf Drohung mit Gewalt. Der Führer hat sich deshalb auf ein höheres Lebensgesetz seines Volkes und Europas berufen, als er diese unerträulichen Para-

auch nur das Einkommen der Arbeitslosenunterstützung hätte. Durch das einmütige Zusammenarbeiten des Reichsjustizministeriums mit der Reichsführung des nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes ist schon mancher Schritt auf dem Wege zur Beilegung dieser Verhältnisse getan worden.

Der Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen „Sieg Heil!“ auf den Führer.

Der chinesische Zollkonflikt

England und USA. gegen Japan

England und die Vereinigten Staaten von Amerika haben in Tokio einen diplomatischen Schritt wegen der außerordentlichen Zunahme des Schmuggels in Nordchina unternommen, ein Anzeichen der großen wirtschaftlichen Interessen, die beide Länder in dem praktisch unter der Gewalt des japanischen Militärs stehenden chinesischen Nordprovinzen wahrzunehmen haben. Damit spitzt sich der seit langer Zeit schon latente Konflikt zwischen den genannten beiden Mächten und der japanischen Chinapolitik wieder einmal zu. In Tokio scheint man nicht geneigt zu sein, auf die Vorstellungen, die London und Washington erheben ließen, irgendwie einzugehen. Man zückt die Ähseln und erklärt, die Wahrnehmung der Zollhoheit in Nordchina sei nicht Sache Japans, sondern der chinesischen Behörden.

Die Engländer sind durchaus nicht geneigt, sich damit abzufinden, daß die Besatzungsmacht sich hinter der angeblichen Verantwortlichkeit chinesischer Dienststellen vertrieht. Man weiß in englischen Zeitungen etwas spöttisch darauf hin, daß der Schmuggel für viele naive Gemüter von einer gewissen abenteuerlichen Romantik umgeben sei. Dort in den chinesischen Nordprovinzen habe er aber wirklich keine Spur davon, sondern er vollziehe sich sozusagen unter polizeilichem Schutz. Die, die von ihm profitierten, und zwar reichlich, brauchten weder Geschicklichkeit, noch Mut aufzuwenden. Seitdem zwischen China und Japan der Tangku-Waffenstillstand abgeschlossen worden sei, ein etwas mysteriöser Fakt, den beide Staaten zu veröffentlichen sich bisher geistert haben, sei die entmilitarisierte Zone südlich der Großen Mauer zu einem Paradies der Spikbuben geworden. Die Kommandostellen des japanischen Militärs hätten seinerzeit die Bildung eines „unabhängigen anti-kommunistischen autonomen Rates von Dshopei“ angeregt und veranlaßt. Tatsächlich sei das eine falsche Firma, denn von Autonomie im wirklichen Sinne könne nicht die Rede sein. Das werde am besten durch das jetzige Schmuggelwesen dargetan. Waren kämen entweder durch die Häfen an der Küste oder auf der Eisenbahn von Mukden nach Beijing ins Land. Die Eisenbahn durchbricht die Große Mauer bei Schanghaiwan, einer großen japanischen Garnison. Gegen sie könnte die chinesische Polizei und der chinesische Zoll ebenfalls wenig ausrichten wie gegen die japanische Vorherrschaft in den Häfen. Sie seien einfach machtlos. Den Japanern hingegen wäre es ein Leichtes, die Zollgrenze intakt zu erhalten.

Dazu kommt, daß der Schmuggel in der Hauptsache von Japanern und Koreanern betrieben wird, die, auch wenn das „autonome“ Gebiet nicht unter japanischer Kontrolle wäre, doch die Rechte der Exterritorialität genießen. Selbst aber in den Fällen, in denen die eingeführten Waren den Zoll passieren, wird zugunsten der aus Japan stammenden ein Zollnachlaß bis zur Höhe von 50 Prozent gewährt.

Den Schaden hat zunächst einmal die Nanjingregierung, deren Einnahmen und Kreditwürdigkeit ganz und gar von den Zolleinkünften abhängen. Daneben aber wird auch der legitime Handel, der sich zu einem erheblichen Teil in den Händen von Engländern und Amerikanern befindet, empfindlich geschädigt. Man schätzt die Summe der Zolleinnahmen, die der chinesischen Zentralregierung durch den Schmuggel in den Nordprovinzen entgehen, auf wöchentlich 120 000 Pfund Sterling. Im übrigen scheint Japan durch den ihm gefügigen „Autonomen Rat“ von Dshopei überhaupt keine zollpolitische Herausforderung des autonomen Gebiets aus dem gesamt-chinesischen Wirtschaftsgebiet zu betreiben.

Die englisch-japanischen Beziehungen

Japans Haltung in der Flottenfrage

Tokio, 20. Mai. (Staatsdienst des DRB.) Ausländische Agenturen hatten die Nachricht verbreitet, daß die japanische Regie-

rung beschlossen habe, England einen Ausgleich im Fernen Osten und ein zweiseitiges Flottenabkommen vorzuschlagen. Diese Meldungen gehen auf einen längeren Kommentar zurück, den „Tokyo Nishi Nishi“ gelegentlich der Abreise des neuen japanischen Botschafters Yoshida nach London veröffentlichte.

Wie hier erklärt wird, beruht dieser Kommentar lediglich auf Vermutungen. Auf die Frage des Vertreters des Deutschen Nachrichtenbüros, ob der gemeldete Beschluß der japanischen Regierung tatsächlich erfolgt sei, erklärte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, daß keine derartigen Beschlüsse vorlägen und daß sich auch an der japanischen Haltung zur Lage im Fernen Osten, sowie seiner Einstellung gegenüber China und der Flottenfrage nichts geändert habe. Der Sprecher des japanischen Auswärtigen Amtes teilte weiter mit, daß die englische Verständigung über die von Großbritannien beabsichtigte weitere Indiensthaltung von Zerstörern mit einer Gesamttonnage von 40 000 Tonnen über die im Flottenvertrag vorgesehene Zerstörertonnage von 150 000 Tonnen hinaus vor zehn Tagen in Tokio eingetroffen sei. Die japanische Regierung werde nach Prüfung der bestehenden Verträge zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Die Blätter vertreten die Auffassung, daß der englische Vorschlag dem Londoner Flottenvertrag widerspreche und die diesbezüglichen zwischenstaatlichen Abreden verlege.

Jerusalem gleicht einer belagerten Stadt

Jerusalem, 20. Mai. Es sind neuerdings Verordnungen herausgegeben, die die Herstellung, den Verkauf und das Tragen von Dolchen und Messern verbieten. Stöcke und Stangen, die als Angriffswaffen dienen könnten, werden ebenfalls beschlagnahmt. Ein neues Gerichtsverfahren sieht beschleunigte Verurteilung von Unruhstiftern usw. vor. Großes Aufsehen erregte hier die Unterhaus-Erklärung des Kolonialministers über die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Palästina und die Ablehnung des Empfanges einer geplanten Araber-Abordnung in London. Man ist sich darüber klar, daß dies alles und die Bekanntgabe der jüdischen Einwanderungsquote eine deutliche Absage an die Araber ist. Jerusalem gleicht mit seinen geschlossenen Räden, den Stadtdrahtverhauen in den Straßen und dem großen Militäraufgebot einer belagerten Stadt.

Reichsführerlager der Hitlerjugend

Braunschweig, 20. Mai. Auf geschichtlichem Boden, dem Ritteraal der Burg Dantwarderode, wurde das erste Reichsführerlager der Hitlerjugend feierlich eröffnet. Alle aktiven Bann- und Jungbannführer der gesamten deutschen Hitlerjugend, insgesamt mehr als 800, waren zu der Eröffnung im Ritteraal angetreten. Ministerpräsident SS-Gruppenführer Klages begrüßte die HJ-Führer im Namen Braunschweigs an dieser historischen Stätte. Er zog eine Parallele von dem Umbruch, den Heinrich der Löwe für seine Zeit bedeutete, zu dem Umbruch, den Adolf Hitler in Deutschland durch den Nationalsozialismus herbeiführte.

Für den erkrankten Reichsjugendführer, der nach der Teilnahme an der Befreiungsfeierlichkeit für Brigadeführer Schrotz trotz schlechten Befindens nach Generalinspektor Dr. Todt auf der Arbeitstagung eingeführt hatte und dann jedoch auf dringendes ärztliches Anraten das Zimmer hüten mußte, sprach sodann der Stabsführer der Reichsjugendführung, Hartmann Lauterbacher.

Olympia-Empfang in London

London, 20. Mai. Der britische Olympia-Ausschuß veranstaltete am Dienstag abend einen Empfang, an dem u. a. der englische Verteidigungsminister Instip und der deutsche Geschäftssträger Fürst Bismark teilnahmen. Der als Gast der britischen Organisation anwesende Präsident Dr. Lewald sprach über die deutschen Vorbereitungen für die Olympiade. Er erklärte u. a., Deutschland werde alles tun, um aus den olympischen Spielen eine große Kundgebung des Friedens zu gestalten, nach dem sich die ganze Welt sehne und dessen Aufrechterhaltung das Ziel aller Staatsmänner sei, deren Nationen an der Olympiade teilnehmen. Der durch das olympische Fest ausgedrückte Friedensgedanke sei im Herzen jedes Deutschen lebendig. Der Verteidigungsminister Sir Thomas Instip sagte u. a., er hoffe, daß die olympischen Spiele in Berlin das Ergebnis hätten, seine Stellung zu einem Ruheposten zu machen. Wenn es ihm und dem deutschen Geschäftsträger überlassen wäre, die Angelegenheiten im Geiste dieser Veranstaltung zu regeln, dann könnten sie das sehr schnell tun. Der deutsche Geschäftsträger möge in seinem

nächsten Bericht darauf hinweisen, daß sehr viele Herzen dem deutschen Volk entgegenstünden und daß die Engländer wünschten, Vergangenes vergangen sein zu lassen und zusammen zu marschieren in gutem Willen, in dem allein die Hoffnung der Nachwelt liege. Der den Vorsitz führende Lord Portal erklärte, eine wundervolle Nation ließe ihre Gastfreundschaft an und garantierte, daß jeder Mitwirkende fair behandelt werde. In diesen Tagen internationaler Unruhen und Konflikte habe man gelernt, daß es das Beste sei, daß die Völker miteinander befreundet würden. Der englische König hatte ein Telegramm folgenden Inhalts gesandt: „Ich vertraue darauf, daß keine Mißverständnisse die Überlieferungen des britischen Sports durch unsere erwählten Vertreter in Berlin aufrecht zu erhalten.“

Englisches Lob für E. „Hindenburg“

London, 20. Mai. Im Unterhaus wurde am Dienstag der Antrag auf Gewährung einer staatlichen Unterstützung für die Britische Luftfahrtgesellschaft „Imperial Airway“ behandelt. Der Luftfahrtminister Sir Philip Sassoon hielt zur Begründung dieses Antrages eine längere Rede, in der er erklärte, daß es sich um eine notwendige Maßnahme handle, weil auch ausländische Luftfahrtunternehmen staatliche Unterstützung erhielten. Der Zweck der Unterstützung sei, daß der wirtschaftliche Luftverkehr die größtmögliche Anzahl von Personen und Gütern befördern könne. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß der Luftverkehr nicht sicher sei.

Der konservative Abg. Hauptmann Guesst, ein früherer Luftfahrtminister, lobte hierauf das neue deutsche Luftschiff „Hindenburg“, an dessen Flug er als Passagier teilgenommen habe. Was Luftschiffe zu erreichen vermöchten, hätten „Graf Zeppelin“ und „Hindenburg“ gezeigt. Es habe ihn einen beträchtlichen Aufwand an Mut gekostet, um an Bord zu gehen, er habe sich aber gesagt, wenn der „Graf Zeppelin“ 60 Überfahrten gemacht habe, würde die Überquerung des Atlantik durch den „Hindenburg“ bei ihrer zweiten Fahrt wohl auch sicher sein. Die Deutschen hätten in den letzten Jahren mit Mut und Geld etwas hergestellt, wovon man in England bis zu diesem Tage sich nichts habe träumen lassen. Die Deutschen hätten jetzt zweifellos ein Verkehrsmittel für den Passagier- und Güterverkehr, das er eher auf der nordatlantischen Route benutzen würde, als irgend ein anderes Flugzeug. Großbritannien, das so reich sei, solle diese Art des Luftverkehrs, die es gestatte, hundert Personen innerhalb von 36 Stunden von New York nach Irland zu befördern, und zwar mit jedem denkbaren Komfort, ohne Erschütterungen irgendwelcher Art und ohne Maschinenlärm, sich nicht entgehen lassen. Wenn „Hindenburg“ in Croydon gelandet wäre, so würde die Reise nach Amerika nur 40 Stunden gedauert haben. 36 Stunden mit dem Wind und 40 Stunden gegen den Wind, und dazu 100 Passagiere an Bord, sei wahrhaft eine aussehenerregende Leistung. Es wäre wünschenswert, wenn das Luftministerium der Frage des Luftschiffes größere Aufmerksamkeit schenke. Zwei Beobachter seien an Bord gewesen.

Sir Samuel Hoare unterstützte hierauf den Antrag des Luftfahrtministers. Er wies darauf hin, daß man in Großbritannien die Entwicklung der Luftschiffe mehr Aufmerksamkeit geschenkt haben würde, wenn es nicht so viele Kritik im Parlament gegeben hätte.

Im Zeichen der Verkehrsbelebung

Der Geschäftsbericht der Reichsbahn für 1935 — Ausgeglichenere Gesamtrechnung — Bemühungen um Konsolidierung

BRD. Der Geschäftsbericht der Deutschen Reichsbahngesellschaft für das Jahr 1935 spiegelt den Wirtschaftsaufschwung, an dem der Schienenverkehr hervorragenden Anteil nimmt, damit wieder. Der öffentliche Güterverkehr stieg der Menge nach im Vergleich zum Jahre 1934 um 14,2 v. H., im Vergleich zum Jahre 1933 um 37,8 v. H. Die Zahl der beförderten Personen nahm gegenüber 1934 um 9,5 v. H., gegenüber 1933 um 20 v. H. zu. Die Rückgliederung des Saargebietes und die Überleitung der Saarteilenbahnen in die Reichsbahnverwaltung macht sich auch in dem Verkehrszuwachs bemerkbar. Scheidet man z. B. aus den Ergebnissen des Güterverkehrs den Verkehr auf den Saarbahnen aus, so ergibt sich den Wagenstellungszahlen nach für den Güterverkehr im Jahre 1935 ein Zuwachs von 3,7 v. H. gegenüber 1934, während der Mehrverkehr unter Einrechnung des Saargebets 5,8 v. H. betrug.

Die Einnahmesteigerung bleibt wie auch im vorigen Jahr entsprechend der starken Anwendung von Tarifermäßigungen und Ausnahmetarifen hinter der Verkehrsteigerung zurück. Im Güterverkehr befristet sich der Einnahmezuwachs gegenüber 1934 auf 8,6 v. H., im Personenverkehr auf 7,8 v. H. Die Gesamteinnahmen der Betriebsrechnung erliefen einen Zuwachs

Der dicke Müller siedelt

„Frau Brigitte... ist verschollen!“
Otto zittert, als er die Worte hört. Fast tonlos hat Rosel gesprochen.
„Brigitte... ist... verschollen?“
„Ja! Man fürchtet, daß das Flugzeug abgestürzt ist! Man sucht seit drei Tagen nach ihm. Und hat noch keine Spur! Ein Ferngespräch kam aus Berlin. Geheimrat Schuller rief an.“
„Verschollen? Das... das ist doch nicht tot, Rosel!“
Rosel antwortet nicht, denn ihr Herz hat keine Hoffnung. Sie denkt immer wieder an Hansens Worte: Sie kommt nicht wieder.
„Und... Hans...? Was sagt Hans?“
„Nichts! Er ist starr und stumm! Sein Gesicht ist wie von Stein. Er redet kein Wort. Ach, es ist juchbar! Mich hat er fortgeschickt, mit den Kindern. Daß die nichts spüren! Denn... Frau Andrea ist zusammengebrochen. Ohnmachtsanfälle wechseln mit Schreikrämpfen.“
„Und... und... was sagt der Konsul dazu?“, stößt Otto erbittert hervor. „Der Herr Konsul... der... schuld dran ist, daß Brigitte den Selbstflug unternahm?“
„Nichts... nichts! Er ist mit einem Male gealtert! Wie ein Greis sieht er aus. Er wagt nicht, jemanden anzusehen. Ach, es ist grauenvoll!“
„Ich muß zu Hans“, sagt Otto entschlossen. „Rosel, unterstützen Sie Marie einzuweichen! Ich bitte Sie!“

Otto sitzt Hans gegenüber und sucht nach einem befreienden, tröstenden Wort, aber er findet es nicht. Hans schweigt und sein Gesicht ist starr. Er schüttelt nur den Kopf.
Bis Otto auf ihn einspricht, und in den Worten schwingt die ganze Liebe des Bruders, der drum kämpft, den Hans aus dem furchtbaren Schmerz zu erlösen.

„Hans, lieber Hans, so sag' doch nur ein Wort! Ich bitte dich!“

Hans sieht ihn dankbar an. Die Liebe des Bruders greift ihm ans Herz. „Was soll ich sagen?“, kommt's schwer aus seiner Brust. „Ich hab's gewußt, daß sie nicht wiederkommt! Ich hab's gefühlt. Und... nun hab' ich sie... ganz verloren! Und die Kinder... sehen die Mutter nie wieder! Und... und... der Jörg...!“ Er droht den Mann zu übermäßigen. „Erst jetzt hat er... nach der Mutter gefragt! Ach, was soll ich den Kindern sagen? Um die Kinder ist's, Otto!“
„Bruder“, bittet Hans, „Bruder, sei stark, Hans, wie du es immer warst. Viel Liebe drängt sich um deine Kinder! Unsere Herzen alle sind ihnen zugewandt! Sie sind jung, sie wissen noch nicht... was der Tod bedeutet. Hans, sei stark!“

„Ich bins ja!“ Hans rafft sich auf und atmet tief. „Ich wills ja! Ich hatte sie schon verloren! Und nun nimmst sie... der Tod noch... den anderen weg! Den anderen... denen sie ein... Schauspiel bot!“

„Und die Leistung, Hans! Vergiß es nicht!“
„Und die Leistung“, wiederholt Hans milde.

„Vielleicht... darfst du noch ein wenig Hoffnung haben, Hans!“

Hans schüttelt den Kopf. „Rein! Geheimrat Schuller gab mir die Meldung durch. Das Flugzeug ist vor vier Tagen aufgestiegen und zuletzt von der östlichen Station auf Banks-Land gesichtet worden. Es hatte Radioverbindung mit der Landstation und gab Meldung, daß das Flugzeug nach Grants-Land zustiege. Man warnte das Flugzeug, denn es herrschten dicht. Nebel und die Gefahr war härter. Ein paar Stunden später kamen SOS-Rufe des Flugzeuges, die dann aber bald aufhörten. Man hat sofort funktentelegrafische Hilfe herangeholt. Aus Toronto kamen drei Flugzeuge, die die Suche aufnahmen, aber erfolglos. Es wird befürchtet, daß Brigittes Flugzeug gegen einen Eisberg gerammt und bei diesem Zusammenstoß abgestürzt ist.“
„Und man hat keine Spuren von dem Flugzeug gefunden?“

„Nein, bis heute noch nicht.“

„Drei Tage, sagst du, ist es her? Dann ist doch noch Hoffnung?“

„Ja, es könnte noch Hoffnung sein! Ich sag's mir dauernd! Und doch... alles in mir sträubt sich dagegen, will es nicht glauben! Immer sehe ich sie tot vor mir. Das, Bruder... das ist das Furchtbare!“
Nach einer Pause streckte er ihm die Hand entgegen und sagte herzlich: „Bruder, geh' zurück in dein Haus! Deine Gäste warten auf dich. Sollte ein Freudentag für dich sein. Geh' und kümmer dich um dein Geschäft! Sieh, ich muß das selber tragen und selber mit ihm fertig werden. Kannst mir da nicht helfen. Feiere weiter, so gut du es kannst, Otto! Und habe vielen, herzlichen Dank! Heute bin ich froher denn je darüber, daß ich noch zwei Brüder habe.“

Frau Andrea sieht Hans über die Schwelle treten, sein Schritt hat sie aus dem leisen Weinen aufgeschreckt. Sie blickt Hans an, als wolle sie ihn um Verzeihung bitten.

„Ach, Hans... Hans, was haben wir Ihnen getan?“ Sie klagt sich selber an mit ihren Worten.

Und zum ersten Male spricht Hans das Wort Mutter aus.

„Mutter“, sagt er ernst, „weinen Sie nicht mehr! Warten Sie ab! Und... ich warte mit Ihnen ab! Vielleicht ist sie doch noch gerettet worden oder wird gerettet! Das ist schon tausendmal dagewesen!“
„Glauben Sie es, Hans?“, stößt Frau Andrea hervor. „Wir müssen glauben, Mutter! Und drum bitte ich Sie, denken Sie an die... Kinder. Ach will nicht, daß ein Schatten auf ihre Kindheit fällt. Die Mutter hat sie verlassen, nicht heute erst, sondern schon lange. Erst war's durch die Entfremdung, die durch die Gesellschaft kam, in der sich Brigitte bewegte, und dann... kam die Trennung, als Brigitte hinausflog in die Welt. Die Kinder wissen, daß ihre Mutter auf einer Reise ist. An der Tod nicht auch eine Reise?“

von 7,8 v. H. gegenüber 1934 und 22,8 v. H. gegenüber 1933. Damit liegen die Einnahmen noch um 33 v. H. niedriger als im Höchststand des Jahres 1929. Wie stark auf der Einnahmeseite die Tarifvergünstigungen zum Ausdruck kommen, kann nachstehende Aufstellung veranschaulichen. Im Personenverkehr entwickelten sich die Einnahmen pro 1 Perlenkilometer: 1913 gleich 2,47 Pfg., 1929 gleich 3,02 Pfg., 1930 gleich 3,11 Pfg., 1931 gleich 3,12 Pfg., 1932 gleich 2,92 Pfg., 1933 gleich 2,81 Pfg., 1934 gleich 2,63 Pfg., 1935 gleich 2,5 Pfg. Die entsprechenden Ziffern für den Güterverkehr lauten: 1913 gleich 3,36 Pfg., 1929 gleich 4,56 Pfg., 1930 gleich 4,65 Pfg., 1931 gleich 4,51 Pfg., 1932 gleich 3,89 Pfg., 1933 gleich 3,80 Pfg., 1934 gleich 3,76 Pfg., 1935 gleich 3,66 Pfg. (für 1936 sind 3,85 Pfg. veranschlagt).

Entsprechend den vermehrten Verkehrs- und Betriebsleistungen haben sich die Ausgaben erhöht. Die Betriebsrechnung kann mit einem Ueberschuss der Einnahmen von 152,2 Millionen RM über die Ausgaben abschließen. Dadurch hat sich die Betriebszahl, d. h. das Verhältnis der Betriebsausgaben zu den Betriebseinnahmen von 99,28 im Jahre 1934 auf 95,75 verbessert. So erfreulich das Ergebnis der Betriebsrechnung ist, so reicht der Betriebsüberschuss aber nicht aus, um die Lasten der Gesamtrechnung zu decken. Ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 156 Millionen würde entstanden sein, wenn man nicht zu einem Ausgleich in folgender Weise gekommen wäre: Der gezielte Ausgleichsbeitrag wurden statt der nach der Satzung vorgesehenen 2 v. H. der gesamten Betriebseinnahmen, d. h. 71,7 Millionen RM, nur 27,5 Millionen zugeführt. Eine Rücklage für die Einziehung der Vorzugsaktien, die 1935 lakungsmäßig 36 Millionen hätte betragen müssen, wurde nicht gebildet. Die Dividende auf die Vorzugsaktien mit 75,7 Millionen wurde in diesem Jahre durch außerordentliche Einnahmen und die Heranziehung der Sonderrücklage gedeckt. Daß diese Art des Rechnungsausgleichs die Reichsbahn auf die Dauer nicht befriedigt, ist selbstverständlich.

Da eine Entlastung durch Abbau der sogenannten politischen Lasten nicht erwartet werden kann und Einsparungen bei den Betriebsausgaben nicht mehr möglich sind, hat die Reichsbahn bekanntlich einen Ausweg in der Weise vorgesehen, daß 100 Millionen des auf 165 Millionen veranschlagten Mehrbedarfs auf tarifarischem Wege herbeizubringen sollen, während der Rest durch Verwaltungseinsparungen erbracht werden soll. Diese Einsparungen erhofft man insbesondere durch Verwaltungsvereinfachungen, wobei man zu einer härteren Zentralisierung unter bewußter Betonung einer Dezentralisierung in der Verantwortung zu kommen gedenkt. Als Beispiel könnte die Zusammensetzung der vier Reichsbahn-Zentralämter für Einkauf, Maschinenbau, Bau- und Betriebstechnik sowie Rechnungswesen, die seit 1925 selbstständig geführt wurden, genannt werden. So wird auch die Zentralisierung der Werkstättenbetriebe fortgesetzt, Stuttgart wird künftig Karlsruhe, Saarbrücken und Ludwigshafen bearbeiten, und dadurch werden den 28 Reichsbahndirektionen statt 10 nur noch 9 Werkstättenbetriebe gegenüberstehen.

Was die erwartete Einnahmesteigerung durch den seit dem 20. Januar erhobenen 5prozentigen Zuschlag zu den Güter- und Tarifarten betrifft, so erfüllt er die auf ihn gesetzten Erwartungen. Bis April d. J. sind die Gesamteinnahmen gegenüber den ersten vier Monaten 1935 um 9,5 Prozent gestiegen. Die erwartete Einnahmesteigerung um 100 Millionen wird daher voraussichtlich reichlich eintreffen und im laufenden Geschäftsjahr einen glatten Abschluß ermöglichen.

Im Hinblick auf die Kapitalrechnung ist diese Entwicklung dringend erwünscht. Wenn sich auch der Gesamtschuldendienst der Reichsbahn mit rund 2,9 Milliarden RM am 31. Dezember 1935 durchaus in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen hält, so werden die nächsten Jahre an die Reichsbahn außerordentliche Anforderungen stellen. Der unter den sonstigen Verbindlichkeiten aufgeführte Posten von rund 934,5 Millionen RM enthält im wesentlichen kurzfristig eingegangene Wechselverpflichtungen, die nach dem bisherigen Plan bis 1940 getilgt sein müssen. Das Bemühen der Reichsbahn ist darauf gerichtet, diese besonders für Zwecke der Arbeitsbeschaffung eingegangenen kurzfristigen Verbindlichkeiten durch langfristige Anlagen abzulösen. In welcher Weise eine derartige Konsolidierung sich ermöglichen läßt, hängt selbstverständlich von der sonstigen Inanspruchnahme des Kapitalmarktes ab.

Bei der Beurteilung des Geschäftsberichtes für 1935 und der abgedeuteten schwebenden Reichsbahnfragen wird man mit gutem Recht auf den Nürnberger Ausspruch des Führers hinweisen können, der auch dem Bericht über das Jubiläumsjahr vorausgestellt wurde: „Es ist das Eigenartige dieses Unternehmens, daß an der Spitze nicht die Frage des Gewinns steht, sondern die Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses an sich.“ Das reichhaltige in dem Geschäftsbericht für 1935 zusammengestellte Material kann erneut zeigen, in wie starkem Maße die Reichsbahn als Hauptträger des Verkehrs mit allen Aufgaben der deutschen Wirtschaft verknüpft ist. Die Erhaltung und Schaffung einer gesunden finanziellen Grundlage ist für dieses Unternehmen die Voraussetzung für eine dauernde Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben.

Lokales

Wildbad, den 22. Mai 1936.

Die Barzahlungsfaktion der Schuhmacher des Kreises Neuenbürg.

Am 1. Juni 1936 führt die Schuhmachervereinigung des Kreises Neuenbürg die Barzahlung ein. Wir geben im Folgenden eine Begründung dieser Maßnahme:

Die wirtschaftliche Lage des Schuhmacherhandwerks im Kreise Neuenbürg ist katastrophal. Die Schuhmachervereinigung umfaßt 139 Betriebe. Diese starke Ueberfüllung hat zur Folge gehabt, daß mehr wie die Hälfte aller Betriebe nicht vom Schuhmacherhandwerk leben kann und deren Inhaber mit ihren Familien weit unter dem Lebensniveau eines Unterhaltungssempfängers liegen. Sie haben fast durchweg nur ein bis 3 Tage in der Werkstatt zu tun. Bisher ist die öffentliche Fürsorge von diesen Familien wenig oder garnicht in Anspruch genommen worden. Das liegt aber ausschließlich an der Verschämtheit der Berufskollegen. Die Werkstätten sind oft leer und weisen keine Arbeit auf. Die Notlage im Schuhmacherhandwerk zwingt dringend zu geeigneten Maßnahmen. Eine Änderung ist nur möglich, wenn das Borgungswesen und die dadurch hervorgerufenen Verluste abgestellt werden.

Die Maßnahme wirkt sich nun wie folgt aus: Bei der Ablieferung der Schuhe bezw. der Auftragserteilung erhält jeder Kunde einen Zettel, auf dem der voraussichtliche Preis aufgezeichnet wird. So kann sich jeder danach einrichten. Eine Abgabe der Ware erfolgt nur gegen bar. Alle Inanspruchnahmen haben sich dazu verpflichtet, so daß eine Abwanderung zwecklos ist. Es wird von allen Volksgenossen erwartet, daß sie Einsicht haben und mithelfen an der Befriedigung eines notleidenden Handwerkerstandes.

Es muß eine Selbstverständlichkeit werden, beim Schuhmacher bar zu zahlen.

Das Inserat ein wichtiges Werbemittel Zusammenarbeit von Zeitungsverlegern und Einzelhandel

Zwischen dem Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger und der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel sind gemeinsame Richtlinien über die Zusammenarbeit der örtlichen Gliederungen beider Organisationen bei der Ausgabe von Anzeigen des Einzelhandels in Zeitungen vereinbart worden. Die Richtlinien gehen von der Auffassung aus, daß die Zeitungsanzeige ein überaus wichtiges Werbemittel ist und insbesondere auch die Zusammenarbeit zwischen mittleren und kleineren Unternehmungen stärker als bisher erschlossen wird.

Den Gliederungen der Wirtschaftsgruppe wird daher eine ständige und enge Zusammenarbeit aufgetragen. Es werden besondere Hinweise darüber gegeben, wie die Zeitungsverleger durch zweckentsprechende Beratung den Kaufleuten zur größten Werbewirksamkeit der Anzeige verhelfen, wie andererseits die Gliederungen der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel daran mitarbeiten sollen, um für eine vom Standpunkt des Wettbewerbs einwandfreie Anzeige zu sorgen.

Mit dieser Zusammenarbeit soll eine Ausflärung der Kaufleute Hand in Hand gehen, die eine möglichst starke Inanspruchnahme der Anzeigen neben den sonstigen Werbemitteln des Einzelhandels (Schaufenster, persönliche Kundenpflege usw.) bezweckt.



Württemberg

Zusammenkunft der ehemaligen MG.-Scharführerabteilung 53

Stuttgart, 20. Mai. Am 17. Mai 1916 war die MGSS-Abt. 53 aufgestellt worden. Genau nach 20 Jahren fand die erste Wiedersehensfeier in Stuttgart statt. Am Abend des 16. Mai trafen sich die Kameraden zu gemühtlichem Beisammeln in ihren Quartieren. Von nah und fern waren die Kameraden herbeigeeilt; ein jeder voll Freude darüber, daß er einmal wieder den Gefährten aus den Tagen des Kampfes und der Not die Hand drücken und ins Auge blicken konnte. Am Sonntag, den 17. Mai, vormittags 11 Uhr, trat die Abteilung vor dem Waldfriedhof an und marschierte dann, jede Kompagnie unter Führung ihres letzten Kompanieführers, zum Ehrenmal zu einer Gedächtnisfeier für die Gefallenen. Eine besondere Weihe lag über dieser Stunde und keiner der Kameraden wird die ersten männlichen Worte vergessen, die Kamerad Kirchner vorst und Kamerad Klemm, der Führer der ehemaligen 2. Kompagnie, an die Abteilung richteten. Kamerad Klemm legte einen Kranz am Ehrenmal nieder. Um 1 Uhr traf sich die Abteilung wieder zu gemeinsamem Mittagessen in der Gaststätte Leicht, Tübingerstraße, dem sich ein kameradschaftliches Zusammensein angeschlossen, bei welchem die ehemaligen Kompanieführer Kamerad Spring, Klemm, Ludwig und andere Kameraden unter gespannter Aufmerksamkeit zu den Kompanien sprachen. Die Verbindung mit der jungen deutschen Wehrmacht stellte unter Kamerad Heiden, jetzt Kompaniechef in Rassel, dadurch her, daß er eine Abordnung seiner Kompagnie mitgebracht hatte; Kamerad Ludwig, früherer SA., heute Arbeitsführer, vertrat die beiden anderen großen Erziehungsanstalten des Dritten Reiches, SA. und Arbeitsdienst, die alle wurzeln in der verschworenen Kampfgenossenschaft des Weltkrieges, die uns heute wieder zusammengeführt hat.

Mitwirkung an der Aufklärung eines Mordes

Zeitung, 20. Mai. Die Landeskriminalpolizei München teilt mit: Das seit Donnerstag, den 19. September 1935, vermischte Kind Maria Wilhelmine Schüle von Hörholz, Gemeinde Unterreitau, Bezirksamt Lindau, das zuletzt auf dem Wege zur Kirche und zur Schule von Hörholz nach Unterreitau gesehen worden war, wurde am 25. März 1936 in einem Tannendickicht unweit der Straße Pflanzberg—Lochmühle und dem Bache Haslach im Gemeindebezirk Neukirch, Kreis Tettnang, als Skelett aufgefunden. Es liegt Luftmord vor. Verschiedene Kleidungsstücke waren aufgefunden und die Hände des Kindes waren in das Bein kleid gefesselt worden. Das Kind muß vom Täter im Walde zwischen Hörholz und Unterreitau überfallen und nach der Tötung in einem braunen Kuppensack an den mehr als zehn Kilometer entfernten Auffindungsort des Skeletts geschleppt worden sein. Die ganze Bevölkerung wird nochmals dringend gebeten, an der Aufklärung des furchtbaren Verbrechens mitzuwirken, zumal in den letzten 30 Jahren in einem Umkreis von 15 Kilometer auf bayerischem, vorarlbergischem und württembergischem Gebiet sechs weitere Lustmorde an Mädchen verübt haben, die noch keine Sühne gefunden haben. Die geringfügigste Beobachtung und die nebenfachlichste Mitteilung kann von größtem Wert sein. Die von der Regierung von Schwaben und Neuburg ausgesetzte Belohnung wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern auf 1500 RM erhöht. Diese Belohnung ist nur für Mitteilungen aus der Bevölkerung bestimmt.

Stuttgart, 20. Mai. (60 Jahre alt.) Am 22. Mai be- geht Baurat Professor Felix Schuster, der stellv. Vorsitzende des Bundes für Heimatpflege in Württemberg und Hohenzollern, seinen 60. Geburtstag. Seit der Gründung des Bundes im Jahre 1909 gehört Prof. Schuster dem Vorstande an, zuerst als stellv. Geschäftsführer, dann als Geschäftsführer, seit 1913 als stellv. Vorsitzender und seit 1934 auch als Ehrenmitglied. Das Schwäbische Heimatbuch, das den Bund zusammenhält und dem er größtenteils sein Ansehen und seine Ausbreitung im ganzen Lande verdankt, ist seit 1925 das Werk des Jubilars.

Der gläserne Zug. Während des Sommerfahrplans kommt der elektrische Ausflugszug der Reichsbahn, der sogenannte gläserne Zug, bei günstiger Witterung an folgenden Sonntagen von München nach Stuttgart: erstmals am 24. Mai und dann am 28. Juni, 26. Juli, 23. August und 27. September. Von Stuttgart aus wird der Wagen in der Zeit bis zur Rückfahrt nach München eine Fahrt nach Ulm und zurück mit folgenden Fahrzeiten ausführen: Stuttgart Hbf. ab 10.10, Ehlingen ab 10.20 (Halt nur zum Einsteigen), Ulm an 11.21 Uhr. Zurück: Ulm ab 17.30, Ehlingen an 18.30 (Halt nur zum Aussteigen), Stuttgart Hbf. an 18.41 Uhr.

Waiblingen, 20. Mai. (Autounfall.) Am Dienstag nachmittag ereignete sich auf der Straße Großheppach-Grundbach ein schweres Verkehrsunfall, das ein Menschenleben forderte. Der Anhänger eines in Richtung Schorndorf fahrenden Lastzuges kam ins Schleudern, erfasste dabei einen gerade in entgegengesetzter Richtung fahrenden Personenkraftwagen und warf ihn auf die Seite. Dabei wurde der Kaufmann Karl Uebelhör aus Pforzheim tödlich verletzt, während sein Sohn, der den Wagen steuerte, mit leichten Verletzungen davonkam. Das Unglück ereignete sich zur selben Zeit, als gerade ein starkes Gewitter mit Hagelschlag über die Gegend ging. Dadurch war die Fahrbahn bei den sowieso ungünstigen Straßenverhältnissen besonders schlüpfrig.

Tübingen, 20. Mai. (Landesmusikarchiv.) Das Musikinstitut der Universität Tübingen (Vorstand: Professor Dr. Ernst Fritsch Schmid) ist mit dem Aufbau eines Landesmusikarchivs für Württemberg und Hohenzollern beschäftigt, dessen Zweck vor allem die Sammlung der im Land noch zerstreut vorhandenen, geschichtlich wertvollen Noten- und Musikinstrumentenbestände, ihre Inventarisierung, pflegliche Verwaltung und Erschließung für die musikalische Öffentlichkeit bildet.

Heutlingen, 20. Mai. (Unterkunftshaus.) Die Traifberggegend mit ihrer herrlich schönen Umgebung hat sich die SA-Standard K. 125 unter Führung ihres rührigen Standartenführers Karl Schumacher zum Bau eines Heimes ausgesucht, zu dem der erste Spatenstich durch Brigadeführer Hagenmaier getan wurde. Das Heim erhält den Charakter eines Unterkunftshauses, das für jeden SA-Mann der ganzen Standard jederzeit offensteht. Die Länge des Hauses wird jetzt 24 Meter bei einer Breite von 12 Metern betragen. Im Untergeschoß des Heimes wird ein Saal, der rund 200 Personen fassen wird, eingebaut.

Geislingen, 20. Mai. (Tot aufgefunden.) Die seit Freitag abgängige 26 Jahre alte Landwirtschöchter Franziska Bauer wurde nun im Stoppelweiler als Leiche aufgefunden. Das Mädchen zeigte schon längere Zeit Spuren einer Nervenerrüttung.

Jeder vierte Deutsche fährt Rad

WPD. Auf 100 Einwohner Deutschlands kommen 25 Fahrräder, noch keine zwei Krafträder und kaum ein Auto. In diesen Ziffern kommt die Volkstümlichkeit des Fahrrades zum Ausdruck, zugleich aber ergibt sich daraus, daß die Motorisierung des Verkehrs dem Fahrrad keinen Abbruch getan hat, und daß die Kraft- und Kraftwagenproduktion für die Fahrradproduktion keine Konkurrenz bedeutet. Das Fahrrad mit einem Durchschnittspreis von rund 60 RM. ist das billigste private Beförderungsmittel — im Gegensatz zu den öffentlichen Beförderungsmitteln. Auf dem Lande kommt dem Fahrrad ein ganz besondere Bedeutung zu, und die Arbeitnehmer auf der Siedlung in der Nähe einer Stadt sind häufig auf das Rad angewiesen, um die Fabrik zu erreichen. Voraussetzung für den Fahrer, dem die Verkehrsordnung dieselbe Stellung gibt wie dem Fahrer eines Kraftrades oder Kraftwagens, sind a u s g e b a u t e F a h r r a d w e g e; aber mit diesem Problem beschäftigt sich bereits die städtischen Bauverwaltungen. In der Großstadt ist der Konkurrenz des Fahrrades nicht etwa das Auto oder das Motorrad, sondern das öffentliche Verkehrsmittel, vorwiegend die Straßenbahn. In der Krise haben die öffentlichen Verkehrsmittel über Abwanderung geklagt, ein Teil dieser Abwanderer ging zum Fahrrad über, das sich mit seinen Anschaffungs- und Unterhaltskosten billiger stellte als die Straßenbahn.

Das „Stahlrad“ war zunächst einmal Sportgerät, allmählich erst nach technischen Verbesserungen (vor allem Luftreifen und später Freilauf und Rücktrittbremse) wurde es mehr und mehr Verkehrsmittel. 1880 wurden die ersten Fahrradfabriken in Deutschland gegründet: die Adlerwerke in Frankfurt a. M. und die Brennaborwerke in Brandenburg. In den 90er Jahren schlossen überall Fahrradfabriken aus der Erde. Eine typische Erscheinung des Kapitalismus, der sich, sobald ein neues Bedürfnis geweckt ist, auf die Produktionürzt und zu viel Kapital investiert, dann folgen die Zusammenbrüche, da Angebot und Nachfrage in keinem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Die Zusammenbrüche blieben auch in der Fahrradindustrie nicht aus. Nachdem sich die Verhältnisse einigermaßen stabilisiert hatten, kamen Krieg und Deflation mit ihren ungünstigen Auswirkungen auf die Fahrradproduktion. Gegenwärtig liegen die Dinge hier wieder aussichtsreicher. Heute gibt es 24 mittlere und größere Aktiengesellschaften, die Fahrräder herstellen (die Fahrradunternehmen in nicht aktienrechtlicher Form sind der mangelnden Publizitätspflicht wegen statistisch schwer zu erfassen).

Die Produktion an Kraftwagen (Personenwagen), Kraftträdern und Fahrrädern betrug:

	Kraftwagen	Kraftträder	Fahrräder
1934	174 000	88 000	2,5 Millionen (Schätzung)
1935	201 000	111 000	2,8 Millionen (Schätzung)

Die zahlenmäßige Erfassung der Fahrradproduktion bietet deshalb Schwierigkeiten, weil nicht nur in den Fabriken hergestellte Kraft- und Fahrräder auf den Markt kommen, sondern auch Käder, die vom Großhandel aus fertig bezogenen Teilen montiert werden. Wir haben die merkwürdige Erscheinung, daß der Großhandel nicht lediglich Verteilungsfunktion hat, sondern auch gleichzeitig eine Produktionsstufe bildet. Aus diesen Gründen ist auch eine Marktordnung auf diesem Gebiete so außerordentlich schwierig. Eine Marktregelung könnte nur so erfolgen, daß die Aufgaben der Herstellung und der Verteilung streng voneinander getrennt werden.

Volkswirtschaftlich interessant ist, daß der Prozeß der Fahrradherstellung eine weitgehende Spezialisierung erfahren hat. Es gibt Werke, die nur Fahrradteile herstellen. Daneben findet eine Betriebskombination statt, d. h. neben Fahrrädern werden andere Gegenstände der Feinmechanik, wie Nähmaschinen,

Kinderwagen und Schreibmaschinen, hergestellt. Der Grund dafür ist ein allgemeiner, es stand ein gesulkter Stamm von Feinmechanikern zur Verfügung, der die einzelnen Gegenstände nebeneinander herstellen konnte, weiter aber ist ein historischer Grund vorhanden: In den Zeiten der sinkenden Konjunktur mußten die Fahrradfabriken, um bestehen zu können, noch weitere Produktionen hinzunehmen. Die Kombination Fahrrad-Auto ist ungewöhnlich, da die Automobilherstellung nicht zur Feinmechanik gehört, sondern ganz andere Produktionsbedingungen verlangt. Eine derartige Kombination ist nur bei kapitalstarken Unternehmen möglich; als Beispiel hierfür mag Adler angeführt sein (Aktienkapital 15 Millionen RM.). Die Adlerwerke sind, wie bereits gesagt, als Fahrradfabrik gegründet, hernach aber in eine Automobilfabrik umgewandelt, die in einer technisch selbständigen Abteilung auch Fahrräder herstellt.

Deutschlands Bevölkerungsbilanz 1935 Einwohnerzahl 67 Millionen überschritten

Die sehr vorliegenden endgültigen Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Jahre 1935 bestätigen im wesentlichen das, was bezüglich des Ergebnisses auf Grund der bisherigen Einzelheitenberichte schon angeführt worden ist. Nach der außergewöhnlichen Anhäufung von Ehe-schließungen und der starken Zunahme von Geburten, die im Jahre 1934 der Bevölkerungsbewegung ein besonderes Gepräge gaben, kam, wie das Statistische Reichsamtsfeststellt, 1935 mehr und mehr wieder die Grundrichtung der deutschen Bevölkerungsentwicklung zur Geltung, die durch die Altersgliederung des deutschen Volkes und ihre zwangsläufigen Veränderungen bestimmt wird. Die Ursachen dieser Entwicklungsrichtung liegen hauptsächlich in dem besonders starken Geburtenausfall der Kriegsjahre und dem verstärkten Geburtenrückgang der Nachkriegszeit, also in Gegebenheiten der Vergangenheit, deren Auswirkungen heute durch keinerlei bevölkerungspolitische Maßnahmen mehr behoben werden können. Die während der Kriegsjahre unterbliebenen Familiengründungen waren anfangs 1935 schon zum größten Teil nachgeholt, ebenso die Erst- und Zweitgeburten in bis dahin kinderlos oder kinderarm gebliebenen älteren Ehen. Mit dem Fortfall dieser zulässigen Anhäufung von Geburten trat im dritten Vierteljahr 1935 erstmals wieder ein Rückgang der Gesamtzahl der Geborenen ein. Am deutlichsten wirkten sich die Veränderungen in der Altersgliederung des deutschen Volkes in der Entwicklung der Sterblichkeit aus, die durch die lange Grippe-Epidemie Anfang 1935 noch einen besonderen Auftrieb erhielt. Insgesamt betrug 1935 die Zahl der Eheschließungen 650 851, die der Lebendgeborenen 1 261 273. Trotz der beginnenden Wiederabstärkung der Geburtenhäufigkeit war die Zahl der Geburten im ganzen Jahr doch noch um 64 533 oder 5,4 Prozent höher als 1934, und sie lag rund 30 Prozent über dem tiefsten Stand im Jahre 1933. Die Geburtenziffer je Tausend stieg nochmals um 0,9 auf 18,9 an und war damit sogar höher als 1927. Der Geburtenüberschuß erreichte 4 69 361 und war damit um 2713 kleiner als im Vorjahre. Die Einwohnerzahl des Deutschen Reichs ist bis Ende 1935 auf 67 069 000 gestiegen.

Strassenverkehrsunfälle im ersten Vierteljahr 1936

Im ersten Vierteljahr 1936 haben sich rund 50 000 Verkehrs-unfälle ereignet, bei denen 1496 Personen getötet und 28 603 verletzt wurden. Die Zahl der Unfälle hat gegenüber dem vierten Vierteljahr 1935 um 17 Prozent abgenommen. Allerdings sind in dieser Zeit infolge des schwächeren Verkehrs die Zahlen regelmäßig viel niedriger als im Jahresdurchschnitt. Die Zahl der getöteten Personen ging noch etwas mehr, nämlich um 22 Prozent, zurück.

Totenliste aus Stuttgart

Wwe. Berta Bohler, 83; Frau Maria Honeter, Gaisburg, 44; Frau Anna Hermann, 54; Reichsbahninspektor i. R. Wilhelm Hagemann, 60; Fr. Wagner Josef Groß, 63; Frau Wilhelmine Reinmann, Gablenberg, 79; Juwelier Eugen Blume, 65; Frau Berta Eißler, Dülheim, 76; Frau Anna Durst, Zuffenhausen, 60; Feldwächter i. R. Friedrich Munder, ab Cannstatt, 76; Prof. Dr. Heinrich Blücher, Obertürkheim, 49; Wwe. Karoline Beck, 79; Kammerlaten David Pfisterer, 80; Landjäger i. R. Ernst Stumm, 73 Jahre alt.

Verkehrsunfall in Mainfranken. Am Dienstagabend geriet in Mainfranken zwischen Burginn und Mittelsinn ein Lieferkraftwagen, der mit mehreren Arbeitern besetzt war, in einer Kurve ins Schleudern und raste gegen einen Baum. Die Insassen wurden schwer verletzt. Der 25 Jahre alte Arbeiter Richard Behold und der 27jährige Maurer Rudolf Klübenspieß erlitten ihren Verletzungen.

Tabakarbeiterstreik in Bulgarien beendet. Spät nachts ist infolge der Vermittlungstätigkeit der Regierung der große Tabakarbeiterstreik in Bulgarien, der 25 000 Arbeiter umfaßt, nach dreitägiger Dauer beendet worden. Ungefähr 85 Prozent der Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt.

Blitzschlag in ein Aluminiumwerk. Bei einem am Dienstag über der Umgebung von Roth niedergegangenen schweren Gewitter schlug ein Blitz in das Aluminium-Bronze-Werk Benda in Pfaffenhausen. Sofort entstand ein Brand, durch den der Lagerraum und der Dachstuhl zerstört wurden. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann von einer Stichflamme erfaßt und getötet. Ein zweiter Arbeiter trug schwere Brandverletzungen davon.

Oesterreichische Nationalsozialisten verurteilt. Vor dem Schöffengericht in Krems an der Donau hatten sich acht Nationalsozialisten wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Das Gericht verurteilte drei Angeklagte zu je fünf Jahren schweren verschärften Kerkers. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Rücktrittsabsichten Macdonalds? Der frühere Ministerpräsident Macdonald erklärte in einer Rede in Leddington, daß er vielleicht demnächst zu seiner ersten Liebe, der Wissenschaft, zurückkehren werde. Diese Aeußerung hat einiges Aufsehen erregt, weil sie in politischen Kreisen dahin ausgelegt wird, daß Macdonald möglicherweise demnächst zurücktreten werde.

Zusammenstöße zwischen Negern und Polizei in Newyork. Im Negeystadtteil Harlem kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Negern, die nach einer Protestkundgebung gegen die Bekleidungsarbeiten der Amerikaner durch Italien die Läden italienischer Gemüsehändler zu plündern begannen. Zwei Polizisten und ein Neger wurden durch Schüsse verletzt.

Aus dem Gerichtssaal Urteil gegen Haberer

Schwennungen, 20. Mai. Vor der Großen Strafkammer in Rottweil wurde das Urteil gegen den früheren Rechnungsrat beim Grundbuchamt in Schwennungen, Otto Haberer, gefällt. Haberer hatte bekanntlich ab 1924 fortlaufend größere Unter-

schlagungen begangen, war im September 1931 flüchtig gegangen und konnte vor einiger Zeit in Malaga in Südpazien verhaftet werden, von wo er dann ausgeliefert wurde. Das Urteil lautet wegen eines Verbrechens der erwirkten Amtsanweisung in Tateinheit mit einem Verbrechen der Untreue auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft.

Fußball

FV. Wildbad Jug. — FC. Sprollenhaus Jug. = 2:1
FV. Wildbad Jugend — FC. Sprollenhaus Jugend = 2:1
Wenn man in der 4-jährigen Chronik des FC. Sprollenhaus blättert und an Hand der ausgetragenen Privatspiele mehr oder weniger rege sportliche Beziehungen mit den verschiedensten Vereinen feststellen will, so bemerkt man sehr bald, daß der FV. Wildbad gegenüber anderen Vereinen — etwa im Vergleich zum FV. Calw — noch nicht allzuoft Gast oder Gastgeber des FC. Sprollenhaus gewesen ist. Von einer einmaligen Begegnung im Frühjahr 1933 und den im gleichen Jahr stattgefundenen Verbandstreffen abgesehen, findet man den Namen des FV. Wildbad überhaupt nicht vertreten. Lokalkämpfe pflegen im allgemeinen etwas häufiger stattzufinden, zumal sie eines gewissen Reizes nicht entbehren. Wenn der alte Pionier Wildbad und der verhältnismäßig junge Nachbarverein Sprollenhaus die Klingen noch nicht öfter gekreuzt haben, so bleibt die Frage des Warum offen. Und über dieses Warum kann man seine eigene Meinung haben.

Gewiß, wenigstens im schriftlichen Verkehr sind die Beziehungen höflich und korrekt. Aber die wahre Sportliebe, das kameradschaftliche Verhältnis finden in den gegenseitigen Beziehungen keinen Ausdruck. Die große Linie der angestrebten großen Sportgemeinschaft ist hier nicht festzustellen. Warum das so ist? Auch darüber kann man seine eigene Meinung haben.

Die erste Elf des FV. Wildbad ist technisch und spielerisch besser als die 1. Mannschaft des FC. Sprollenhaus. Darüber besteht auch nicht der geringste Zweifel. Wildbad hat auch verdient gewonnen. Der Gastgeber hätte es deswegen überhaupt nicht nötig gehabt, diese scharfe Note ins Spiel zu bringen, wie er es tatsächlich getan hat. Von ei-

nem Vertreter der Kreisklasse I sollte man teilweise ein vornehmeres Spiel erwarten dürfen, zumal, wenn es um keine Punkte geht. Ein durch Verletzungen und Hinaus-spielung stark geschwächte Elf konnte dem Freistige Wildbads nicht mehr gefährlich werden. Wenn dann noch Wildbads kinderläufiger außer seinem unfairen Spiel dauernd mit einer nicht mißzuverstehenden Bewegung an einen gewissen Körperteil greift — den übrigen der anständige Mensch zum Sigen hat — so ist das kein Sport mehr, sondern eine Gemeinheit. Wegen Gemeinheiten pflegt man aber im allgemeinen nicht auf Sportplätze zu gehen.

Sprollenhaus mußte auf seinen bewährten linken Verteidiger verzichten und war deshalb von vornherein im Nachteil. Demgegenüber stellte Wildbad seine wohl zur Zeit schlagkräftigste Elf. Man hat also den Gegner nicht unterschätzt. Man hat demselben aber auch keine zweifelhafte Niederlage aufgebrennt, wie es angeblich ein Teil des Wildbader Anhangs erhofft hatte. Jene Zeiten sind vorbei. Im übrigen wird die Zukunft lehren, ob die Spielfärke beider Vereine nicht einmal einen Ausgleich erfährt. Anläufe sind da; Beweis dafür: das nachfolgende Jugendspiel.

Noch kurz etwas zum Spiel selbst: Bei Sprollenhaus macht sich sofort die lange Pause bemerkbar. Verständnis und Zusammenhang fehlen zu Beginn. Wildbad müßt Defensivfehler aus und kann bis zur Halbzeit in 2:0-Führung gehen, nachdem es vorher noch einen überaus harten Schmetzler verschossen hatte. — Nach der Pause stellt der Gast auf 2:1, muß aber im sofortigen Gegenzug Wildbads den dritten Treffer hinnehmen. Als die Kampfkraft der Gäste auf ein Minimum zurückgegangen ist, erzielt Wildbad sein schönstes und 4. Tor und stellt damit den Sieg endgültig sicher.

Schiedsrichter Frölich-Comweider leitete zufriedenstellend. Er hätte aber verschiedentlich etwas schärfer durchgreifen müssen.

Im anschließenden Pflichtspiel der Jugendmannschaften beider Vereine kam Wildbad zu einem knappen, aber verdienten 2:1-Sieg.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad im Schwarzwald (Zsb. Th. Gaf) Nr. 4, 26. 731. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 8 gültig.

Jahrgänge 1913 und 1916.

Heute Freitag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, findet in der Turn- und Festhalle unser

Rekrutenball

statt. — Die Rekruten obiger Jahrgänge erlauben sich, die Altersgenossen und die verehrliche Einwohnerschaft, sowie die hier zur Zeit weilenden Gäste und Angestellten der Hotels und Gasthöfe hierzu herzlichst einzuladen.
Eintritt und Tanz frei.

Kleinkaliberschützenabteilung Kriegerkameradschaft Wildbad

Am 23 und 24 Mai ds. Js. findet in unserem Schießhaus im Rennbadthal unser

8. Preis-Schießen

statt. Wir laden hierzu unsere Mitglieder, die verehrlichen Kurgäste, sowie Freunde und Gönner des Schießsports freundlichst ein. — Beginn Samstag nachmittag 3 Uhr. Preisverteilung Sonntag abend 7 Uhr.
Die Vereinsleitung.

NB. Gewehre und Munition stehen zur Verfügung.

W. Forstamt Wildbad.

Wegsperre

Der Albersbachweg und das Baissträßchen sind wegen Balzarbeiten ab Montag, den 25. Mai, auf etwa 4 Wochen für jeden Verkehr gesperrt.



Luftschutz ist wahrhafte
Volksgemeinschaft!

Zwei Führerworte:

Ein Staat verjüngt sich ewig in seiner Jugend, deshalb muß die Sorge um die Gesunderhaltung der Jugend unsere vornehmste und edelste Tat sein.

Jede Generation hat die Pflicht, das wieder gut zu machen, was durch sie und ihre Zeit verbraucht wurde!

In diesen Worten liegt unsere große Verpflichtung!

In unsere Zeit fiel der große Niederbruch der deutschen Nation. An ihm sind wir alle mitschuldig.

Was unsere Jugend in diesen Jahren der Not und Entbehrungen an Leiblichen und seelischen Kräften verloren hat, müssen wir, die Verantwortlichen dieser Zeit, wieder ersetzen.

Diese Pflicht ruft uns zur Tat!

Wie im vergangenen Jahr erwarten viele tausend erholungsbedürftige Kinder sehnsüchtig die ferienzeit auf dem Lande, die ihnen Gesundheit, frohsinn, Schaffenskraft und Liebe zur Heimat schenken soll.

Jeder Bauer und Landwirt kann der NSD. helfen durch einen freiplatz. Kinder bringen Freude.

Gewinn der NSD. Volkswohlfahrt

Freiplätze für die deutsche Jugend



Brotaufstrich:

Marmelade gemischt	
Apfelgelee Nachpresse	32
reichsverbilligt 500 Gr.	
Vierfrucht Marmelade	
Apfelgelee mit Johsbeer	60
in Pappdosen 500 Gr.	
Aprikosen-Marmelade	70
500 Gr.-Dose	
Erdbeerkonfitüre	70
500 Gr.-Dose	
Aprikosenpulp	48
5 kg-Dose 4.50, 500 Gr.	
Himbeersirup	30
Flasche 1.60, 90, 55,	
Ein Posten	
Oelsardinen 2 Dosen	55
Fettheringe	35
in Tomaten . . . Dose	

Pfannkuch

333 Robott

Familiendrucksachen

jeder Art liefert in kürzester Frist

Wildbader Tagblatt.



Das ganze Haus strahlt wunderbar im
Loba
Glanz der naß wischbar
LOBA-WACHS u. LOBA-BEIZE